


Helvetische Bank
 Die Bank für Unternehmer
 Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
 Tel. 044 204 56 00
 www.helvetischebank.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Rückblick auf die erste Sessionswoche <i>von Nina Fehr Düsel</i> Seite 2	Kanton Zürich Sprache, Genderzwang und Ramadan <i>von Lorenz Habicher</i> Seite 3	Aktuell Vollständige Neutralität als Talisman <i>von Christoph Blocher</i> Seite 5	Parlamentsgemeinden Initiative gegen radikalen Parkplatzabbau <i>von Samuel Balsiger</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Aktuelles von NR Rutz und KR Mischol Seite 5
---	---	--	--	---

KANN SICH DIE SCHWEIZ NOCH VERTEIDIGEN?

Amherds Versagen – Armeechef Süssli geht

Die Armee kommt nicht zur Ruhe. Nach dem bekannt gegebenen Rücktritt von VBS-Chefin Viola Amherd wurden jetzt die Rücktritte von Armeechef Thomas Süssli und Nachrichtendienstchef Christian Dussey bekannt. Daneben gibt es wüste Schlagzeilen um Missmanagement im VBS und korrupte Mitarbeiter im Rüstungskonzern RUAG.



Für eine verteidigungsfähige Schweizer Armee müssen die richtigen Schlüsse aus Amherd und Süsslis angerichtetem VBS-Chaos gezogen werden.

Bild: Adobe Stock

Man kann sich noch gut erinnern, als der damalige Bundesrat Ueli Maurer im Jahre 2008 vom Ziel von der besten Armee der Welt sprach. Das war ein toller Werbespruch – mehr (leider) nicht. Heute sind wir im krisengeschüttelten Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und

Sport VBS so weit weg davon wie noch nie.

Nicht geheim zu halten

Der jetzige Armeechef Süssli hat auf Ende 2025 seinen Rücktritt eingereicht. Amherd wollte dies geheim halten; das gelang ihr aber nicht. Kommissions-

mitglieder des Parlaments wie auch der Bundesrat mussten die Neuigkeit aus der Presse erfahren, ebenso den Rücktritt von Nachrichtendienstchef Dussey. Das ist wohl richtig, denn solche Infos über Personen von öffentlichem Interesse kann man nicht geheim halten.

Die «Internationalitis» des Thomas Süssli

Sieht man Süsslis Karriere an, dann kommt man nicht umhin festzustellen, dass er an seiner «Internationalitis» gescheitert ist. Süssli wurde 2020 vom Bundesrat als militärischer Aussenseiter zum Armeechef gewählt. In der Bankenwelt gross geworden, machte sich der Wirtschaftsinformatiker lediglich als Spezialist für elektronische Kriegsführung einen gewissen Namen. Bei Kampftruppen hat Süssli nie Dienst geleistet und hat auch keine kommandiert. Ständig war der Armeechef im Ausland anzutreffen. Offenbar wird die Schweiz nicht in Helvetien, sondern in New York oder Brüssel verteidigt.

Anbiederung bei der NATO

Getreu dem Motto seiner politischen Chefin, die internationale Kooperation zu schärfen, biederte sich Süssli bei der NATO an. Die von Amherds persönlicher Freundin und Beraterin Brigitte Hauser-Süess angezettelte Bürgenstock-Friedenskonferenz war ziemlich lächerlich. Süsslis plötzlicher Antrag, die Schweiz müsse Friedenstruppen in die Ukraine entsenden, wirkt sehr befremdend. Mit den NATO-Spitzen tauschte sich der Armeechef regelmässig darüber aus, wie man in den Bereichen «Cyberabwehr, der militärischen Mobilität und der Innovation» künftig noch enger zusammenspannen könnte. Süssli beabsichtigte, die Schweizer Armee vermehrt an Übungen des westlichen Militärbündnisses zu beteiligen.

Der Rücktritt und seine Folgen haben viele Menschen in der Schweiz beschäftigt. Viele erinnern sich an ihre eigenen Dienstage. Die Motivation der Truppen wird infrage gestellt. So meint ein Schreiber in einem Zeitungsforum: «Wie gut die Armee dran ist, zeigt sich im Auftreten der Soldaten, die man da und dort antrifft.»

Fehlende Durchhaltefähigkeit

Die Armee könne sich per se verteidigen. Es fehle ihr aber an der Durchhaltefähigkeit, sagte Korpskommandant Süssli immer wieder. Man kann ihm dankbar sein. Nur, holt man die fehlende Durchhaltefähigkeit wirklich bei der NATO? Oder bei Friedenstruppen im Kampfgebiet der Ukraine? Süssli hatte keinen Schweizer Fokus mehr. Als Armeechef der neutralen Schweiz war er nie der richtige Mann.

Fehlendes Risiko- und Mangelmanagement

Mit der Betrugsaffäre der RUAG hat der Armeechef wohl nichts zu tun. Aber er zeigte sich nicht gerade als guter Planer im Risiko- und Mangelmanagement der Armee. Es manifestieren sich tiefe Gräben in der Armeeführung. Bis 2030 müssen rund 260 Stellen gestrichen werden. Die F-35 und das Patriot-System müssen erst einmal mit Mehrkosten zum Laufen gebracht werden. Vielfältige Probleme also, die der nächste politisch Verantwortliche im VBS zusammen mit einem neuen Armeechef lösen muss.

Fragt sich, was zu tun ist, um die richtigen Schlüsse aus Amherds angerichtetem VBS-Chaos zu ziehen. Zum Beispiel wäre nach dem Zürcher Alt Nationalrat Ulrich Schlier eine Verantwortlichkeitsklage angebracht. Die Sicherheitskommission des Nationalrates oder der Bundesrat könnten diese einreichen.

Fakt bleibt: Viola Amherd und Thomas Süssli sind an ihrem falschen Motto «mehr NATO, mehr EU, weniger Schweiz» gescheitert.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Asylmissbrauch Stoppen!

Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!
grenzschutzinitiative.ch

MILIZPOLITIK: WIE GELINGT DER EINSTIEG?
 Die SVP Stäfa lädt zum gemütlichen Austausch bei Bier und Burger mit hochkarätigen Politikern aus der Region.
CHF 35.- pro Person (inkl. Apéro, Hamburger mit Beilagen und Mineral).
Anmeldungen bis 15. März an svp-staefa.ch
FREITAG, 21. MÄRZ 2025
18:30 UHR, SUNSHINE HILL STÄFA

 Präsident SVP Stäfa Lukas Bubb	 Nationalrätin Nina Fehr Düsel	 Alt-Bundesrat Ueli Maurer	 Kantonsrätin Marion Matter	 Gemeinderat Küssnacht Adrian von Burg
---	---	---	--	---

Ab 18:30 UHR – APÉRO
 Ab 19:30 UHR – ESSEN + REFERATE
 Sunshine Hill, Bergstrasse 202, 8712 Stäfa





Christoph Mörgeli

Cédric Wermuths «Fuck you»

Der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz schleudert dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ein «Fuck you» entgegen: «Fuck you, Mister Trump». Diese Botschaft von Cédric Wermuth an den demokratisch gewählten Präsidenten der USA passt zu ihm – zu Wermuth. Das Abgesonderte ist doppelt bemerkenswert: Erstens verabschiedet sich Wermuth damit aus dem Kreis der Bundesratsanwärter. Zweitens sagt sein «Fuck you» alles über das Demokratieverständnis des SP-Chefs aus. Wermuth greift zum «Fuck you», weil der neue amerikanische Präsident eine andere Aussenpolitik verfolgt und den Ukraine-Krieg beenden will. Diese Absicht hat Trump schon vor den Wahlen verkündet. Er will nicht weitere Milliarden Dollar in Waffen stecken. Während in Amerika viele Drogensüchtige und Bettler auf Strassen und Plätzen herumliegen. Während hart arbeitende Amerikaner nicht mehr wissen, wie sie ihren Lebensunterhalt finanzieren, ein Dach über dem Kopf haben, ihre Kinder ausbilden und bei Krankheit versorgt werden sollen. Mit dem Versprechen, sich um Amerika statt um die ganze Welt zu kümmern, hat Donald Trump 77,3 Millionen Amerikaner überzeugt. Sie alle haben ihn aufgrund seiner Politik gewählt. Er hat unbestritten eine Mehrheit für sich und sein Programm gewonnen. Cédric Wermuths «Fuck you» ist mehr als ein «Fuck you» zu Präsident Trump. Es ist ein «Fuck you» zur Demokratie. Es ist ein «Fuck you» zu allen Land- und Industriearbeitern, Serviceangestellten, Supermarktverkäuferinnen, Altenpflegerinnen, zu den Amerikanern aller Schichten und Ethnien, die Donald Trump gewählt haben. Sie kämpfen gegen den Abstieg von der Mittelschicht in die Unterschicht. Sie unterstützen Trump in der Hoffnung, dass sie als Amerikaner wieder ernst und wahrgenommen werden. Das alles interessiert Cédric Wermuth nicht. Er lebt in seiner Politikerkaste, die alles besser weiss. Er ignoriert demokratische Volksentscheide und verachtet die Demokratie. Für Wermuth darf das Volk gelegentlich noch die Hände im Spiel haben. Er aber will das Spiel in seiner Hand haben.

SESSIONSRÜCKBLICK 1. WOCH

Spannende Hearings der beiden Bundesratskandidaten

In der ersten Sessionswoche der Frühjahrsession in Bern fanden in den meisten Parteien die Bundesratshearings statt. Am Dienstag waren zuerst der Zuger Regierungsrat Martin Pfister und danach Nationalrat Markus Ritter bei der SVP-Fraktion zu Gast und standen sehr vielen Fragen Red und Antwort.

Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Dabei wollten wir vor allem wissen, wie die Kandidaten zu den EU-Rahmenverträgen stehen, welche Baustellen sie im Verteidigungsdepartement sehen und wie sie sich für die Neutralität der Schweiz einsetzen wollen. Markus Ritter hat in der SVP sicher mehr Sympathien. Aber das Rennen ist noch längst nicht entschieden, da die Linken für Pfister stimmen werden. Nächste Woche frühmorgens am 12. März werden wir vor den Bundesratswahlen nochmals in der Fraktion besprechen, wie wir genau bei der Wahl vorgehen.

Indirekte Presseförderung

Gleich zu Beginn standen am Montag im Nationalrat verschiedene Traktanden zum Krankenversicherungsgesetz auf dem Programm. Auch die Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente stand auf der Traktandenliste. Die Finanzierung ist noch immer nicht wirklich festgelegt, was sich schon zu Beginn der Initiative gezeigt hatte. Auch die indirekte Presseförderung (Bereinigung der Differenzen) war ein wichtiges Thema. Schliesslich folgten zwei Vereidigungen: Ueli Schmezer der SP als Nachfolge von Matthias Aebischer sowie Fabienne Stämpfli, GLP, als Nachfolge von Melanie Mettler.

Bargeld ist Freiheit

Ebenso wurde in der Wochenmitte das Thema «Bargeld ist Freiheit» diskutiert. Sehr viele Redner äusserten sich

zu dieser Volksinitiative und dem Gegenvorschlag. Die Initiative will die unabhängige und freie Schweizer Währung in der Verfassung verankern. Die SVP befürwortet dies stark, wie auch Martin Hübscher ausführte: Es braucht die Freiheit und Unabhängigkeit der Zahlungsmittel. Der Gegenvorschlag deckt nicht ganz alle Anliegen ab. Leider unterlagen wir betreffend Initiative mit 121 zu 76 Stimmen. Der Gegen-

vorschlag wurde von fast allen angenommen.

Ausserordentliche Session Asyl

Nächste Woche gibt es eine ausserordentliche Session zum Thema Asyl und Souveränität. Dabei werden sehr viele Motionen von uns behandelt. Die SVP möchte die Bewegungsfreiheit von Asylkriminellen konsequent einschränken und diese baldmöglichst ausweisen so-

wie den Familiennachzug (ähnlich wie Dänemark und Schweden) auf die Interessen der Schweiz ausrichten. Wer über sichere Drittstaaten einreist, soll an der Grenze zurückgewiesen werden. Wir hoffen, dass wir für die einzelnen Vorstösse Mehrheiten (mit FDP und Die Mitte) finden.

Über Mittag und am Abend gibt es immer viele verschiedene Fachveranstaltungen, sei es vom Gewerbeverband, vom Verband Wissenschaft und Politik, von den Privatbanken, vom Arbeitgeberverband oder auch vielen anderen Organisationen.



Nächste Woche findet eine ausserordentliche Session zum Thema Asyl und Souveränität statt, in deren Rahmen zahlreiche Motionen der SVP behandelt werden.

Bild: Nina Fehr Düsel

WAHLSIEGERIN FPÖ IN DER OPPOSITION

Koalition der Verlierer regiert Österreich

In Österreich haben die Parteichefs Christian Stocker (ÖVP), Andreas Babler (SPÖ) und Beate Meinel-Reisinger (NEOS) ein Regierungsprogramm präsentiert. Neuer Bundeskanzler wird Stocker. Dem klaren Wahlsieger Herbert Kickl (FPÖ) bleibt nur die Opposition, die in der Lage ist, die Regierung vor sich herzutreiben.

RW. Sogenannte Koalitionsverhandlungen zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei Österreichs waren zuvor gescheitert, Brüssel setzte im Vorfeld der Koalitionsgespräche Druck auf, damit die rechte FPÖ kein Regierungsmandat bekommt. Auch der deutsche Kanzlerkandidat Merz griff direkt ein. Er fürchtet das deutsche Pendant zur FPÖ, die AfD.

Massive Asylkrise

Das System in Österreich ist schon längst überlastet. Die Situation ist ausser Kontrolle, Österreich leidet unter einer massiven Asylkrise. Das jetzige Regierungsprogramm hat viele Überschriften, aber keine konkreten Massnahmen – das Einzige, was diese Verliererampel verbindet, ist die Gier nach Macht. In typischer Sprache bringen es die Freiheitlichen auf den Punkt: «Der schwarz-rot-pinke Systemdreier setze die Politik gegen die eigene Bevölkerung fort – Stichwort EU-Hörigkeit, Stichwort illegale Einwanderung, Stichwort Kriegstreiberei, Stichwort Meinungszensur – um nur ein paar Beispiele zu nennen.»

Während die Menschen mit Rekordpreisen, Steuern und Bürokratie kämpfen, bläst Schwarz-Rot-Pink das Steuergeld der Österreicher etwa mit einer Rekordanzahl an Staatssekretären zum Fenster raus. Die Sozialisten haben bereits angekündigt, dass sie keine Asylobergrenze akzeptieren.

Das Fanal von Villach

Mitte Februar wurde der 14-jährige Alex in Villach von einem Syrer totge-

stochen. Die Freiheitlichen wollten in anfälliger Regierungsverantwortung sicherstellen, dass Taten wie in Villach nicht passieren. Die ÖVP wollte den Radikal-Islam nie bekämpfen und wehrt

sich gegen eine «Festung Österreich»! Die Zukunft unseres östlichen Nachbarlandes sieht sehr düster aus.

Nur eine Partei will offensichtlich das Asylproblem lösen. Das österreichi-

sche Volk wird von der neuen Regierung veräppelt. Wenn die Freiheitlichen weiterhin so diszipliniert mit ihrem Parteichef Kickl politisieren, dann wird diese Verliererkoalition des soeben vereidigten Kanzlers Stocker nicht zu halten sein. Und dann hat vielleicht schon bald der Wähler wieder das Wort.



Wenn die FPÖ weiterhin so diszipliniert mit ihrem Parteichef Kickl politisiert, dann wird diese Verliererkoalition von Stocker nicht zu halten sein.

Bild: Adobe Stock

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Von Sprache, Genderzwang und Ramadan, alles in einer Sitzung!

Sitzungen des Kantonsrats Zürich sind in den meisten Fällen unspektakulär, zuweilen hektisch oder humorvoll. Wenn die Bildungsdirektorin Silvia Steiner zu Gast ist, dann wird schon fast zwanghaft nach einer Pointe gesucht.



Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Die Motion KR-Nr. 37/2024 «Kein Gendersprachzwang an Zürcher Bildungsinstituten» von Susanne Brunner erfüllte das Feindbild der Linken und erzürnte Kantonsrätin Davide Loss (definiert sich männlich), die keine sprachliche Diskriminierung in Zürich toleriert. In der Debatte verstieg Frau sich ins Mittelalter und auch Goethe musste zum Germanistikvergleich antraben. Das ganze Theater als nur eine Facette des Morgens... Ein Schuss ins Blaue, aber den Nagel neben den Kopf getroffen hat Mandy Abou Shoak mit einer persönlichen Erklärung zum Fastenmonat Ramadan.

Vom mittelalterlichen Fastengebot zum Ramadan

Abou Shoak verstieg sich ins Anpreisen des muslimischen Ramadans und

rief dazu auf, sich doch zum Fastenbrechen einladen zu lassen.

So töricht und verblendet kann nur eine SP-Frau sein... Zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang bleibt nicht nur die Küche kalt, es darf überhaupt nicht gegessen und getrunken werden. Bei «absolutem Trockenfasten» ist der Kontakt mit Wasser komplett verboten, «weder Duschen noch Zähneputzen» sind erlaubt. Es ist ein radikaler Verzicht, auch reden sollte man nur das Nötigste (!) und jeglichem Luxus und Lust entsagen.

Was für ein krasser Kontrast zur Fasnacht, Fasnacht oder Fassenacht... im Mittelalter mussten alle Menschen im christlichen Europa das Fastengebot einhalten. Entsprechend diente die Fasnacht dazu, die letzten Wintervorräte aufzubrechen und so richtig auf den Putz zu hauen. Hier kann ich wieder an den Freidenker Goethe anknüpfen. Dieser unterschied scharf zwischen Christus und der christlichen Theologie und kritisierte deren Geschichte als «ein Mischmasch von Irrtümern und Gewalt...». August Wilhelm Schlegel (1767–1845) hielt Goethe deshalb für

einen «Heiden, der zum Islam konvertierte».

Ein Rätsel, aus welchem Grund die Linke den Ramadan thematisierte... Fasnacht wäre viel treffender und populärer (volkstümlicher), eben näher beim Volk gewesen!

Die restliche Sitzung verlief dann unspektakulär und sehr erfolgreich für die SVP/EDU-Fraktion, erhielten doch mehrere Anliegen und Vorstösse aus unseren Reihen eine unterstützende Mehrheit.



Die Fasnacht steht in der Schweiz für Tradition und Volkstümlichkeit – ganz im Gegensatz zum Ramadan.

Bild: Pixabay

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Integrative Schule hat versagt – SVP-Motion für Kleinklassen überwiesen



Anita Borer
Kantonsrätin und
Vizepräsidentin
SVP Kanton Zürich
Uster

Die schulische Integration stösst nachweislich an ihre Grenzen. Über ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler im Kanton Zürich haben besondere Massnahmen. Dass auch die hohe Zuwanderung in unsere Schweiz und unseren Kanton erhebliche Auswirkungen auf die Schule hat und eine zusätzliche Herausforderung darstellt, liegt auf der Hand. Lehrerinnen, Lehrer, Schülerinnen und Schüler – sie alle und dazu unsere Finanzen leiden darunter.

Die SVP weist seit Jahren darauf hin: Die integrative Schule, die alle Kinder um jeden Preis in die Regelklassen integrieren will, ist gescheitert. Das Bildungsniveau sinkt trotz steigender Ausgaben. Entsprechend fordern wir seit Jahren, dass Kleinklassen wieder möglich gemacht werden

sollen. Am Montag gelang uns endlich der Durchbruch: Der Kantonsrat hat die Motion «Regelklassen wirksam entlasten» überwiesen. Damit sollen Kinder, die den Regelunterricht massiv stören, wieder zeitweilig in Kleinklassen unterrichtet werden können.

Mit dieser Lösung profitieren alle:

- **Schülerinnen und Schüler:** Kinder mit Lern- oder Verhaltensauffälligkeiten kommen zur Ruhe. Vor allem profitieren auch die Kinder in der Regelklasse, da der Unterricht strukturierter und störungsfreier ablaufen kann.

- **Lehrerinnen und Lehrer:** Die Umfragen und zahlreiche Gespräche mit Lehrern geben ein klares Bild ab: Viele haben enorme Mühe mit dem aktuellen Schulsystem. Stabilisieren wir dieses System, helfen wir auch den Lehrerinnen und Lehrern.

- **Kosten und Energie:** Langfristig können Kleinklassen Kosten sparen. Die intensive Einzelbetreuung durch Heilpädagoginnen in den Regelklassen, die zusätzlichen Klassenassistenten sowie das Modell der sogenannten Schulinseln

binden enorme Ressourcen. Kinder, die in Kleinklassen gezielt unterstützt werden, werden weniger oft in teure Sonderschulen oder noch teurere Einzelsettings eingeteilt.

Die Qualität unserer Volksschule darf nicht weiter sinken. Die Zuwanderung zu begrenzten ist natürlich die erste Massnahme, die nötig wäre.

Es braucht aber auch dringend Korrekturmassnahmen am System. Mit der Überweisung unseres Vorstosses ist uns ein erster Erfolg gelungen.

Die SVP kämpft weiter dafür, dass wir wieder eine starke Volksschule haben, die unsere Schülerinnen und Schüler fundiert auf die Arbeitswelt und die Gesellschaft vorbereitet. Wir wollen wieder zu den Besten gehören!

Das Votum im Kantonsrat als Video:



KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Studenten unter Druck: Gendersprachzwang im Kanton Zürich



Susanne Brunner
Kantonsrätin und Co-
Stadtpräsidentin SVP
Zürich

In Familien, deren Kinder im Kanton Zürich die Schule besuchen oder ein Studium absolvieren, ist der Sachverhalt bekannt: An Hochschulen, Fachhochschulen, zum Teil auch an Gymnasien, wird von Schülern bei schriftlichen Arbeiten Gendersprache eingefordert. Und zwar in derjenigen Form, wie es der einzelne Lehrer oder der Sprachleitfaden der Schule vorgibt. Es kommt auch vor, dass die eingeforderte Gendersprache notenrelevant ist. Das heisst, Studenten und Schüler müssen eine schlechtere Bewertung fürchten, wenn sie anstelle der geforderten Gendersprache grammatisch und orthografisch korrektes Deutsch anwenden. Dies ist beispielsweise an der ZHAW der Fall.

Zwei Vorstösse sollten diesen Missstand beheben. Das Resultat gibt zu denken:



An Hochschulen wie der ZHAW erleiden Studenten Nachteile, wenn sie anstelle der geforderten Gendersprache grammatisch und orthografisch korrektes Deutsch anwenden.

Bild: Wikimedia

Das unverbindlichere Postulat, welches Bildungsdirektorin Silvia Steiner bittet, diese schuleigenen Sprachregeln zu unterbinden, fand eine Mehrheit. Meine Motion, welche konkreter war, wurde abgelehnt. Dabei habe ich lediglich gefordert, dass Studenten nicht mit einem Notenabzug bestraft werden dürfen, wenn sie ihre schriftlichen Arbeiten in korrektem Deutsch verfassen. Können Sie sich vorstellen, dass eine solche Forderung scheitert? Im Kantonsrat Zürich ist das so geschehen! Alle Fraktionen, die diesen Vorstoss nicht unterstützen haben, befürworten im Umkehrschluss einen Gendersprachzwang. Das sind: SP, Grüne, AL, GLP und Die Mitte.

Dass die drei Parteien SP, Grüne und AL für einen Gendersprachzwang an Schulen votieren, erstaunt nicht. Denn via Gendersprache wird ja ihre linke Genderideologie in die Köpfe der Kinder und Jugendlichen hineingehämmert. Sie wollen, dass dies weiterhin so bleibt. Darum haben sie mit gehässigen und auch unsachlichen Voten auf die Forderung reagiert. Die Mitte und GLP haben sich bei den Linken eingereiht, was eine grosse Enttäuschung ist. Doch die enttäuschendste Rolle spielt Bildungsdirektorin Silvia Steiner. Sie lässt seit Jahren zu, dass die Schulen und Hochschulen ihre eigenen Sprachregeln aufstellen. Dass Schüler und Studenten der Willkür von Lehrerschaft und Professoren ausgeliefert sind, müsste sie längst stoppen. Doch sie will nicht, sie tut es nicht. Die Bildungsdirektorin drückt sich vor ihrer Verantwortung.

Hoffen wir, dass der überwiesene Vorstoss die Bildungsdirektorin dazu anregt, die Zügel wieder in die Hand zu nehmen. Wir bleiben dran.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



WORTE DES 1. VIZEPRÄSIDENTEN

Das grosse Tricksen und Verschleiern

Die gute Nachricht zuerst: Nachdem die politisch Verantwortlichen die dramatische Zunahme der importierten Kriminalität so lange gelehnt haben, lichtet sich langsam der Nebel. Angesichts der Zahlen und Fakten können die weit überdurchschnittlichen Verbrechen der Zuwanderer und die entsprechenden Folgekosten für die Schweizer Steuerzahler nicht mehr abgestritten werden. Dabei hat beispielsweise die damalige SP-Justizministerin Simonetta Sommaruga im Nationalrat noch rundum zurückgewiesen, dass es im Bereich häusliche Gewalt einen Unterschied zwischen der einheimischen und der zugewanderten Bevölkerung gebe.

Nichts ausser Ausreden

Jetzt, wo die importierte Kriminalität nicht mehr ignoriert werden kann,

suchen die grossen Spezialisten nach Erklärungen. Der in der Direktion der Justiz und des Innern von SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr angestellte Leiter des Zürcher Amtes für Justizvollzug, Jérôme Endrass, spricht in der «NZZ» nicht mehr von ausländischen Kriminellen, sondern von «multipel belasteten Personen». Die Gewaltwelle von Messerangriffen sei auf die traumatischen Folgen der Flucht und der Gewalt in den Heimatländern der Täter zurückzuführen. Was für ein Unsinn!

Sind die Flüchtlinge aus Ungarn und aus der Tschechoslowakei seinerzeit mit Messern auf uns losgegangen? Oder die Tibeter? Oder die hier aufgenommenen jüdischen Flüchtlinge, die doch unendlich schwerere persönliche Traumata zu bewältigen hatten?

Importierte Kriminalität: wissenschaftlich bestätigt

Der forensische Psychiater Frank Urbaniok steht nicht im Verdacht, «rechts» oder SVP-nahe zu sein. Doch er weist seit Langem auf die weit überproportionale Kriminalität bestimmter Ausländergruppen hin. Und er beschreibt auch, wie sehr Politik und Verwaltung dieses Problem aus ideologischen Gründen verschleiern, um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen oder gar zu empören; und sicher auch, um der SVP nicht in die Hände zu spielen: «Da wird getrickt und verschleiern, was das Zeug hält», so Urbaniok.

«Besonderen Ehrgeiz entwickeln viele dabei, die überproportionale Ausländerkriminalität bestimmter Herkunftsländer zu bestreiten. Sie glauben, damit einen wichtigen pädagogischen Beitrag gegen Rassismus zu leisten. Aber das Gegenteil ist der Fall», führt Urbaniok weiter aus.

Der Bevölkerung vor gefährlichen Tätern.

Beschönigte Zahlen

Frank Urbaniok spricht endlich aus, dass die Kriminalität bei Zuwanderern aus Syrien, Afghanistan, Tunesien, Marokko, dem Balkan, dem Nahen und Mittleren Osten und Afrika usw. um ein Vielfaches höher ist als bei den Einheimischen. Und er rügt auch, dass hierzulande nur zwischen Inländern und Ausländern unterschieden wird, ohne die neu Eingebürgerten zu berücksichtigen. Sonst sähen die Zahlen bei den Schwerekriminellen noch viel dramatischer aus. Das Argument, Abschiebungen hätten keine abschreckende Wirkung, lässt Urbaniok nicht gelten. Denn es gehe um den Schutz

Es ist noch nicht allzu lange her, da hat der damalige Grünen-Präsident Balthasar Glättli die Aufnahme von 100 000 Syrern in der Schweiz gefordert. Und wissen Sie, wie derselbe Glättli in der vorletzten «NZZ am Sonntag» bezeichnet wurde? Als «Sicherheitspolitiker»!



von
Thomas Matter

EIN STARKES EUROPA FÜR DEN FRIEDEN

Wer stoppt den Wahnsinn?

Was derzeit im Nahen Osten und in der Ukraine abläuft, ist an Zynismus und Absurdität kaum mehr zu überbieten.



Hans Fehr
Alt Nationalrat SVP
Eglisau

Da werden im Gazastreifen ermordete Geiseln – darunter zwei Kinder – im Rahmen einer grotesken Propaganda-inszenierung der Hamas-Terroristen an Israel übergeben. Bei jeder «Geiselübergabe» muss die x-fache Zahl von inhaftierten Terroristen, Mördern und anderen Schwerkriminellen aus israelischen Gefängnissen freigelassen werden. Und seit drei Jahren führt Wladimir Putin einen barbarischen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen das ukrainische «Brudervolk», das sich unter Führung seines Präsidenten unglaublich zäh verteidigt. Dennoch bezeichnet und behandelt US-Präsident Donald Trump das Opfer als Täter und Kriegstreiber, als lebe er in einer anderen Welt.

Gerechtigkeit und Frieden

Es bleibt zu hoffen, dass die Verantwortlichen da und dort endlich zur Besinnung kommen. Der Dalai Lama hat kürzlich gesagt, jeder Mensch strebe in seinem Innersten nach Gerechtigkeit und Frieden. Mag sein, aber irgendwann muss sich dies ja auch im Handeln der Verantwortlichen zeigen. Fanatiker und Machtbesessene lassen sich

nur mit einem unmissverständlichen «Bis hier und nicht weiter!» stoppen. Darum liegt es auf der Hand, dass Israel nie mehr eine Hamas-Herrschaft im Gazastreifen dulden kann.

Europa muss sich zusammenraufen

Und was die Ukraine betrifft: Trumps Ankündigungen werden kaum so heiss gegessen wie gekocht. Dass sich die USA unter seiner Führung als Schutzmacht Europas nach und nach verabschieden wollen, hat auch eine positive

Seite: Europa muss sich endlich zusammenraufen und sicherheitspolitisch auf eigenen Beinen stehen. Nur ein starkes Europa mit starken Nationalstaaten wird von Putin ernstgenommen und kann zu einem gerechten Frieden in der Ukraine beitragen. Auch die Schweiz kann einen Beitrag zu mehr Frieden in der Welt leisten – mit einer Armee, die wieder in der Lage ist, unser Land zu verteidigen, mit humanitärer Hilfe und als neutrale Plattform für Vermittlerdienste bei Konflikten.



Auch die Schweiz kann einen Beitrag zu mehr Frieden in der Welt leisten.

Bild: Pixabay

VON MENSCHENRECHTEN ZUR MENSCHENVERACHTUNG

Auf der Geisterbahn ins Gruselkabinett

Naivität sowie der Druck von Pazifisten und Ökologen lenkten auf die prorussische Geisterbahn, die, wo auch immer, ins Gruselkabinett führt.



Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Die Tragödie begann mit Fukushima, als Angela Merkel den Ausstieg aus der Atomkraft verkündete, die zur Abhängigkeit von russischer Energie führte. Dann setzte sie 2015 mit «Wir schaffen das» noch eins drauf. Der Zustrom von Flüchtlingen war enorm, die Zuwanderung nahm untragbare Formen an. Auch das Versagen von Barack Obama hatte schwerwiegende Folgen: Er zog rote Linien, für den Fall, dass Baschar al-Assad in Syrien wieder Chemiewaffen einsetzen würde. Doch er liess er sich vom Kreml über den Tisch ziehen und agierte nicht, als diese roten Linien überschritten wurden.

Passivität führt in den Abgrund

Der Bürgerkrieg in Syrien setzte einen riesigen Flüchtlingsstrom nach Europa frei. Im Windschatten dieser Passivität wurde die Krim völkerrechtswidrig von Russland annektiert; fehlender Widerstand motivierte Russland dazu, ostukrainische Provinzen an sich zu reißen. Die unverminderte Zurückhaltung des Westens wurde schliesslich mit der Invasion honoriert.

Seit dem Wechsel des Jahrtausends lebte Westeuropa allerdings mit der «Friedensdividende» und vernachlässigte die Rüstung: Man wählte sich als Trittbrettfahrer sicher unter dem Schutz der USA.

Natürlich hatten diese «Sündenfälle» auch Hintergründe: Da agierten die Pazifisten und die Linken gegen die Rüstung zur Verteidigung und übten politischen Druck aus, den Linken gingen die Flüchtlinge über alles; die Grünen haben im Bereich der Energie den Ausstieg aus der Atomkraft und damit die Abhängigkeit von Russland beschlossen.

Geförderte Radikalisierung

Wie man heute weiss, hat Russland zur Destabilisierung gezielt Flüchtlinge über den Norden nach Finnland geschleust. Bei den anderen Flüchtlingsströmen fragt es sich, ob diese über ein Netzwerk von Schleusern nicht ebenfalls mitorchestriert wurden. Klar war, dass eine solche Migration zur Überlastung und zur Radikalisierung führen musste. Denn damit wurden jene Kräfte gestärkt, die eine prorussische Ausrichtung haben: In Frankreich das Rassem-

blement National, jenseits des Rheins die Alternative für Deutschland und in Österreich die Freiheitlichen mit dem radikalen Herbert Kickl. Man stelle sich einmal vor, was eine prorussische Achse von Paris über Berlin und Wien nach Budapest bis Bratislava bedeuten würde.

Angesichts der Dramatik ist die transatlantische Beziehung sehr wichtig. Seit die neue Administration in den USA am Werk ist, musste man in Europa zur Kenntnis nehmen, dass Eigenständigkeit gefragt ist. Den Pazifisten und den Ökologen muss klar gemacht werden, dass ihre Pressionen bloss die Freiheit, die Demokratie und die Souveränität gefährden.

Von Menschenrechten zur Menschenverachtung

Während sich die USA in den beiden Weltkriegen noch für diese Freiheit eingesetzt haben, ist nun die Solidarität der Egozentrik gewichen. Da wird ein Kriegsverbrecher wieder salonfähig gemacht und man hilft ihm aus der Patasche, in einem Zeitpunkt, in dem die Kriegswirtschaft die Hälfte der russischen Wirtschaftsleistung absorbiert und die Folgen spürbar werden. Das hätte den Krieg gegen die Ukraine derart unpopulär machen können, dass die Kriegsziele als Fata Morgana entschwanden. Gerade das verhindert Trump, der selbsternannte Friedensapostel und Handelskriegstreiber.

Der Erste Weltkrieg hat ohne Kapitulation mit dem Vertrag von Compiègne geendet. Aber genau das wird durch den Zwist im Westen, den die Putinverstärker fördern, unterminiert und durch die Tatsache verunmöglicht, dass die von Ochlokrate (Capitol-Sturm als Gipfel der Spitze des Eisberges) an die Macht gespülten Oligarchen mit Russland gute Geschäfte wittern und ein demokratisch nicht legitimer Elon Musk die Ukraine mit Starlink erpressen kann.

Dieses Szenario belegte der Eklat im Weissen Haus zwischen Selenki sowie Trump und Vance, dem konvertierten Trump-Kritiker. Von diesen beiden in den Zangengriff genommen – weil man die Bodenschätze in der Ukraine ohne Sicherheitsgarantien ausbeuten will – war dieses Treffen mit einer derartigen Regie schon im Ansatz zum Scheitern verurteilt – mit der Intention, Selenki vorzuführen, dem Kreml zuzudienen und Profit daraus zu ziehen. Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Souveränität sind Freiheitsvernichern in einem Gruselkabinett egal.



Wie auf der Brücke eines Ozeanriesen – hier der Queen Mary – muss die Diplomatie klug durch die Welt navigieren. Gier nach Macht und Geld führt in die Eisberge und den Abgrund.

Bild: Bernhard im Oberdorf

Mis Dorf und mis Dihei!



Öffentlicher Anlass der SVP Oetwil und der SVP Geroldswil



Marcel Dettling
(Präsident SVP Schweiz
& Nationalrat)

Mauro Tuena
(Nationalrat)

Fredi Heer
(Nationalrat)

Domenik Ledergerber
(Präsident SVP Kanton Zürich
& Kantonsrat)

Unser Team für den Anlass Gemeinsam sind wir stark

**«Die Schweiz auf
Schleuderkurs: Die SVP
spricht Klartext!»**



Freitag, 21. März 2025



**Gemeindescheune
Oetwil adL**



19:15 Uhr Eintreffen
19:30 Uhr Referat Teil 1
20:15 Uhr Abendessen (fakultativ)
21:00 Uhr Referat Teil 2
21:30 Uhr Kaffee, Dessert und Ausklang
23:59 Uhr Ende der Veranstaltung



**Ghackets & Hörnli inkl. Dessert
Fr. 24.- pro Person (ohne Getränke)**

**Sitzplatzgarantie und Abendessen
nur auf Voranmeldung:**

**Gleich
anmelden...!**



Globale Machtansprüche und die Rolle der Schweiz

Die Arktis gerät in den Brennpunkt der Weltpolitik

Am Promitalk der Radio- und Fernsehgenossenschaft Zürich Schaffhausen (RFZ ZH/SH) ist mit dem hochkarätigen Podium mit Fredy Gsteiger, Claude Meier und Bruno Kaufmann die Arktis thematisiert worden. Dabei zeigte sich, dass es vor allem um Bodenschätze und geopolitischen Einfluss geht.

RoMü. Die Radio-Hall im SRF Campus Leutschenbach war neulich für den speziellen Promitalk zum topaktuellen Thema «Die Arktis im Brennpunkt der Weltpolitik» bis auf den letzten Platz gefüllt. Mittendrin liegt Grönland als autonomes Territorium von Dänemark mit 2,166 Mio. km² Fläche, ungefähr rund 525 Mal grösser als die Schweiz. Es zählt aber nur knapp 60 000 Einwohner. Die grösste Insel der Welt liegt in der Arktis und ist in den letzten Wochen plötzlich in den internationalen Brennpunkt gerückt.

Die Ankündigung von Donald Trump, die Insel kaufen zu wollen, hat zu einem grossen Wirbel geführt. «Wir hätten vor einem halben Jahr, wo mit den Vorbereitungen für diesen Talk begonnen wurde, nicht daran gedacht, dass die Arktis plötzlich ins politische Zentrum gerückt ist», führte einleitend Moderatorin Susanne Sorg-Keller aus. Dabei verwies sie auf die drei Schwerpunkte, welche plötzlich zu globalen Diskussionen geführt haben: Der Klimawandel, die Souveränität über die Seewege und durch Konflikte ausgelöste Grossmachteansprüche von den USA, Russland und China, die die Arktis zum Spielball der Mächte machen. «Man hat das Gefühl, dass hier alle gegen alle ihre Interessen durchsetzen wollen», war die erste Frage in die Runde. «Die Rohstoffe und vermehrt eisfreien Seewege sorgen für diese Machtpolitik», führte Claude Meier aus. Dabei verwies er auf den Kalten Krieg, während dessen die Arktis die beiden Pole NATO und Warschauer Pakt trennte. 1987 änderte sich diese Doktrin, indem sie Zone des Friedens wurde. Dies führte 1996 zur Gründung des arktischen Rates, welchem alle Anrainerstaaten sowie die Ureinwohner rund um die Arktis angehören. Nach 2014 brach der Dialog aber ab. Fredy Gsteiger verwies auf die politisch etwas



Das Podium mit Fredy Gsteiger, Moderatorin Susanne Sorg-Keller, Claude Meier und Bruno Kaufmann.

Bild: RoMü

verwickelte Seerechtslage, welche von der UNO vor 40 Jahren proklamiert wurde. Die USA haben diese aber nie unterzeichnet, während China diese wohl unterschrieben hat, aber sich nicht daran hält. Entsprechend sprach er von einer explosiven Lage. «Lange Zeit hatten alle ihre Ruhe», rief Bruno Kaufmann in Erinnerung. Seit 1721 ist Grönland eine dänische Kolonie und wurde 1953 quasi als Teil von Dänemark annektiert. Dies hatte bei der grönländischen Bevölkerung viel Unmut ausgelöst.

Globale Machtansprüche

Hinter Trumps Ansage, Grönland zu kaufen, stecken aber direkte globale und reale Machtansprüche. Gsteiger verwies darauf, dass jüngst Eisbrecher aus China und Russland in der Arktis aufgetaucht sind, was in den USA grosse Unsicherheit und Spannungen ausgelöst hat. Für die USA gilt deshalb, China draussen zu halten. Zugleich haben die USA und ein weiterer Partner zwei Flugzeugträger über den Polarkreis hinaus in der Arktis stationiert. Ebenso sorgte die unbemerkte Verschiebung von zwei rus-

sischen U-Booten aus Murmansk nach Kuba für Irritation. Meier sieht hier durchaus eine neue mögliche Form einer Eskalation.

Abschliessend zeigte sich Kaufmann aber trotzdem etwas zuversichtlich. Da viele gemeinsame Interessen in der Arktis vorhanden seien, könnten diese zu pragmatischen Lösungen führen. Hier könnte Spitzbergen ein Beispiel sein, wo ein 100-jähriger Vertrag das Land für über 100 Nationen geöffnet hat und die Schweiz als einziges Land eine diplomatische Vertretung hat. Für Meier bietet sich für die Schweiz die Chance, auf diplomatischer Ebene als neutrales Land in der Arktis eine zentrale Rolle einzunehmen. Dabei verwies er darauf, dass die Schweiz nie eine koloniale Rolle eingenommen hat und somit glaubwürdig bleibe. Auch Gsteiger sieht gewisse Perspektiven. Die vorhandenen Möglichkeiten und Ideen müssten dafür transferiert werden. Er sieht gar dieses Modell als Chance, wo sich alle Staaten dazu verpflichtet haben, diese nur wissenschaftlich zu nutzen.

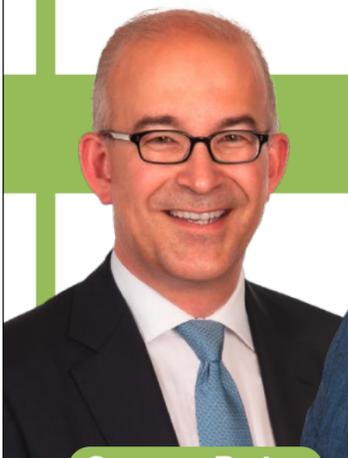
«Was kostet Grönland», wollte ein Teilnehmer wissen. Die Antwort vom Podium war klar. Es steht nicht zum Kauf. Alaska lässt sich nicht einfach wiederholen. Seit 2009 haben die Grönländer das Recht, die eigenen Rohstoffe zu nutzen. Im Abbau dieser Bodenschätze werden Risiken, aber auch Chancen gesehen. Sofern es analog zu Norwegen gelingt, den Reichtum im Land zu behalten, können sich durchaus wertvolle Perspektiven zeigen. Grönland ist nach einer Volksabstimmung 1982 aus der EU ausgetreten und hat mit der EU ein Fischereiabkommen ausgehandelt. Die Fischerei ist für die Grönländer als sehr wichtiger Wirtschaftszweig von grosser Bedeutung.

Podiumsteilnehmer

Auf dem Podium sassen drei völlig verschiedene Experten. Fredy Gsteiger, der als diplomatischer Korrespondent von SRF und seit 2011 auch als stellvertretender Direktor tätig ist. Bruno Kaufmann ist freier Nordeuropakorrespondent für SRF Audio, Video und online. Er lebt im schwedischen Arboga ausserhalb von Stockholm. Einen völlig anderen Berufshintergrund hat Claude Meier. Der ehemalige Militärpilot und Kommandant der

Fliegerstaffel 17 war zwischen 2021 und 2024 bei den Genfer Zentren für Friedens- und Sicherheitspolitik als Divisionär tätig und beschäftigte sich dabei auch intensiv mit der Arktis. Durch den Abend führte Susanne Sorg-Keller, die von 1999 bis 2015 als Zürcher Regierungssprecherin tätig war. Sie gehört seit 2016 dem Vorstand der SRG Zürich Schaffhausen an und leitet die Kommission für Öffentlichkeitsarbeit.

Aktuelles aus dem Bundeshaus und dem Zürcher Kantonsrat




Schweiz stärken - jetzt handeln!

Dienstag, 11. März, 19:30 Uhr

Kath. Kirchgemeindehaus,
Gustav Maurer-Str. 13, 8702 Zollikon

Gregor Rutz

Nationalrat

Tumasch Mischol

Kantonsrat

Informieren Sie sich über die aktuellen Entwicklungen in Bundesbern und im Zürcher Kantonsrat. Nationalrat Gregor Rutz und Kantonsrat Tumasch Mischol stehen Ihnen Red und Antwort!

Alle sind herzlich willkommen – auch Nichtmitglieder!

svp-zollikon.ch



Chance für den Neustart nutzen

Neutralität als Talisman

Der Zerfall der Schweizer Landesverteidigung wird immer offensichtlicher. Unsere Soldaten sind nicht mehr ausgerüstet, machen ihren Dienst ohne Panzer, weil alle defekt seien, in den bundeseigenen Rüstungsbetrieben wird Korruption vermutet, Wehrmänner haben nur noch Gewehre ohne genügend Munition. Die Verantwortlichen – oben im VBS – laufen davon. Sie haben den Kopf bei der NATO statt bei den eigenen Soldaten.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

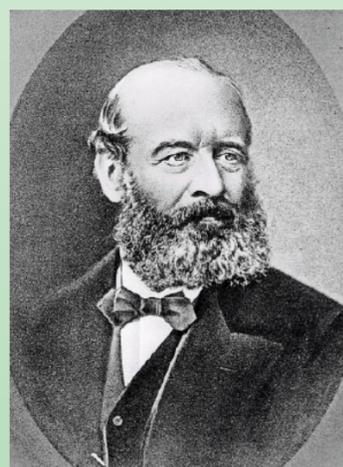
Für den neuen Chef VBS ist das eine Chance. Er kann bei null beginnen, sich auf seinen Auftrag der Landesverteidigung konzentrieren, mit neuen Leu-

ten, die endlich wieder ihren Auftrag sehen. Die Schweiz braucht mehr Armee und weniger VBS!

Was ist die schweizerische bewährte Sicherheitspolitik? Es ist die immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität. Das ist der bewährte Schutzschild, um Kriege fernzuhalten.

Wir sollten uns an die weisen Worte Alfred Eschers erinnern, den genialen Wirtschaftsmann und Politiker, dem unser Land zu einem rechten Teil seinen heutigen Wohlstand verdankt. Er bezeichnete die vollständige Neutralität als «Talisman» – das heisst als «Glücksbringer». Doch müsse die Neutralität «aufrichtig» und «vollständig» sein. Eschers Worte gelten bis heute. Solange wir schweizerisch vollständig neutral sind, ist die Schweiz auf der Welt etwas Besonderes. Andernfalls ist die Schweiz nichts mehr wert.

Natürlich hat auch ein neutrales Land keine hundertprozentige Sicherheit, dass es nicht angegriffen wird. Darum benötigt die Schweiz zur bewaffneten Selbstbehauptung eine einsetzbare Armee. Ein Angreifer muss wissen, dass er auf eine glaubwürdige Landesverteidigung trifft, und darum einen hohen Eintrittspreis bezahlen müsste. Weil die Oberen im VBS der NATO nachrennen, zerfällt die schweizerische Armee und die schweizerische Neutralität. Um das zu ändern, sind die diversen Rücktritte ein Glücksfall.



Alfred Escher bezeichnete die vollständige Neutralität als «Talisman» – das heisst als «Glücksbringer».

Bild: Parlamentsdienste 3003 Bern

Bilaterale Podiumsdiskussion

Fasel predigt EU-Unterwerfung – Martullo-Blocher zerlegt das Gebet

Am Dienstag besuchte ich die Podiumsdiskussion «Was die Bilateralen für Zürich und die Schweiz bedeuten», organisiert von der Zürcher Handelskammer.



Jane Bailey
Vorstand SVP Stadt Zürich
Kreis 10
Zürich

Den Auftakt machte Staatssekretär Alexandre Fasel – mit gefühlt 100 Sli-des, viel Eigenlob und dem Mantra, dass ohne die EU alles verloren sei. Keine automatische Rechtsübernahme! Jederzeit kündbar! Rosige Versprechen – bloss ohne Substanz. Seine Begeisterung kannte keine Grenzen. Acht Minuten Überzug zulasten der Zeit der Publikumsfragen.

EU-Lobeshymnen. Personenfreizügigkeit! Binnenmarkt! Isolation, falls wir nicht mitmachen! Sie alle wurden von Martullo-Blocher eines Besseren belehrt.

Mit klarem Sachverstand, Fakten und politischen Erfahrungswerten zerlegte sie alle Punkt für Punkt. Fasels Aussagen zur dynamischen Rechtsübernahme? Entzaubert. Kündigungsmöglichkeiten der Verträge? Fehlzanzeige! Trügerische Theorien der anderen Mitstreiter? Widerlegt – was zu erhitzten Gemütern führte. Drohende Erosion unserer direkten Demokratie, Verlust der Neutralität, Abhängigkeit von der EU und vieles mehr – glasklar aufgezeigt.

Ein Lichtblick für die Schweiz

Während die Befürworter weiter blind auf ein paar wenige wirtschaftliche Vorteile starrten und Risiken komplett ausblendeten, blieben Martullo-Blochers Analyse und Konter wie in den Raum gebrannt – ein Lichtblick an diesem Abend voller leerer Versprechungen. Ich bin stolz darauf, dass wir solche Nationalräte haben. Sonst wäre es längst vorbei mit der Schweiz.

Die «Experten» belehrt

Nach einem irrelevanten Auftritt einer UZH-«Expertin» für Internationale Beziehungen durfte endlich diskutiert werden. Und spätestens da hatte der Abend seinen Höhepunkt: SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Andere Teilnehmer, bestehend aus einem Anwalt und zwei Unternehmern, wiederholten penetrant die üblichen



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

Fadegrad

von
Manuel Zanoni

Das geht doch nicht!

So könne man doch nicht vorgehen! Das geht doch nicht! Dies hört und liest man diese Tage oft. Dieses allgemeine Kopfschütteln bezieht sich auf Elon Musk und sein mittlerweile weltbekanntes Departement für eine effiziente Regierungsführung (DOGE), die gerade mit dem Vorschlaghammer die US-Verwaltung einreissen. In den letzten Wochen sind mir mehrfach Leute begegnet, die sich über das Vorgehen von Musk richtiggehend in Rage geredet haben. Tatsächlich mag sein Vorgehen rechtsstaatlich bedenklich sein. Andererseits hat mich die Abfälligkeit, mit der sich die Leute über sein Vorgehen geäussert haben, schon sehr verwundert. Nur selten habe ich jemanden auf dieselbe Art und Weise ausrufen hören, wenn der Staat gewachsen ist, sprich wenn zusätzliche Subventionen gesprochen, Regulierungen ausgedehnt oder neue Stellen beim Staat geschaffen werden. Auch das geschieht oft auf rechtsstaatlich bedenklichem Weg, ohne gesetzliche oder demokratische Legitimation. So dehnt die Exekutive den Anwendungsbereich von Gesetzen über Verordnungen aus, Gerichte kreieren zusätzliche Rechte oder die Verwaltung erfindet einfach neue Aufgaben für sich. Der Aufsicht darüber bleibt oft aus. Müsste es denn nicht genau umgekehrt sein? Wäre es nicht wichtiger, sich über den wachsenden Staat und die ausufernde Bürokratie aufzuregen? Allen Sonntagsreden zum Trotz wächst auch in der Schweiz der Staat ungebremst. Die Zahl der Verwaltungsangestellten beim Bund, Kanton und in den Städten nehmen stark zu. Die Städte Winterthur und Zürich haben im Verhältnis zur Bevölkerung am meisten Verwaltungsangestellte von allen grossen Schweizer Städten; mehr als zwei Mal so viele wie alle anderen, kleineren Orte in der Schweiz im Durchschnitt. Grössere Verwaltungen fühlen sich für mehr Aufgaben zuständig, der Bürger kann sie weniger gut kontrollieren. Ein DOGE würde auch bei uns schnell fündig werden und Verschwendung oder ineffiziente Programme aufdecken. Ja, natürlich muss sich auch jeder an der eigenen Nase nehmen. Wie schnell fordert man vom Staat noch etwas mehr Geld oder etwas mehr Kontrolle bei jenem Gesetz. Leider geht dabei schnell vergessen, dass solche Forderungen mit einem Ausbau staatlicher Leistungen einhergehen. Mehr Selbstbeschränkung und mehr föderale Kontrolle wären bei uns wichtig, um den stetig wachsenden Staat im Zaum zu halten. In erster Linie müssen wir also zuerst einmal vor der eigenen Tür wischen, bevor wir mit dem Finger auf andere zeigen. Das heisst, wenn bei uns der Staat ausgebaut wird, müssen wir sagen: «Das geht doch nicht!»

Überparteiliches Komitee will mit einer Volksinitiative über 10000 Parkplätze in der Stadt Zürich retten

Ein Hauptaugenmerk der SVP liegt auf dem motorisierten Autoverkehr. Wir wollen mit allen Mitteln die bestehenden Parkplätze und Verkehrsinfrastrukturen vor der radikalen Abbaupolitik der Linken schützen. Aus der Fraktion heraus haben wir deshalb eine Volksinitiative erfolgreich auf den Weg gebracht. Es ist die letzte Möglichkeit, die linksgrünen Autohasser zu stoppen. Nachfolgend ist die Medienmitteilung, die das überparteiliche Komitee zur Einreichung der Volksinitiative versendet hat.

Samuel Balsiger
Gemeinderat und
Fraktionspräsident SVP
Zürich

In der Stadt Zürich droht ein radikaler Parkplatzabbau. Viele Familien, Arbeitskräfte und das Gewerbe sind jedoch auf diese angewiesen. Der radikale Ab-

bau gefährdet unseren Wohlstand und führt zu unnötigem Suchverkehr in den Wohnquartieren. Deshalb hat ein überparteiliches Komitee die städtische Volksinitiative «JA zum fairen Parkplatz-Kompromiss» gestartet und reichte am letzten Dienstag 4808 Unterschriften bei der Stadt Zürich ein. Notwendig für das Zustandekommen der städtischen Initiative sind lediglich 3000 gültige Unterschriften. Dass so viele zusätzliche Unterschriften gesammelt werden konn-

ten, zeigt: Der radikale Parkplatzabbau stösst je länger, je mehr auf grossen Widerstand in der Stadt Zürich.

Linker Kampf gegen das Auto

Gemeinderat und Präsident des Initiativkomitees Stephan Iten: «Der Stadtrat führt einen ideologischen Kampf gegen das Auto und lässt dabei die Bedürfnisse von weiten Teilen der Bevölkerung völlig ausser Acht. Mit unserer sehr erfolgreichen Initiative können wir den radikalen Parkplatzabbau und den damit verbundenen Verlust von Lebensqualität und Wohlstand stop-

pen.» Mit Annahme der Volksinitiative wird die Aufhebung von Parkplätzen auf öffentlichem Grund nur noch zulässig sein, wenn die Gesamtzahl der öffentlich zugänglichen Parkplätze im gleichen Quartier (Stand 1. Januar 2025) jeweils mindestens erhalten bleibt. Dies betrifft den Veloverkehr und den motorisierten Individualverkehr.

Es wird eine Volksabstimmung geben

Mit 4808 gesammelten Unterschriften ist klar: Die Volksinitiative «JA zum fairen Parkplatz-Kompromiss» ist sicher zustande gekommen. Die Initiative hat auch gute Chancen, an der Urne angenommen zu werden. Deshalb fordern wir den Stadtrat auf, bis zur Volksabstimmung seine radikalen Abbaupläne zu sistieren.



Bürgerlicher Schulterschluss: Gemeinsam können wir die wohlstandsfeindlichen Pläne der linken Autohasser durchkreuzen (weitere Infos und Spenden: parkplatz-kompromiss.ch).

Bild: zVg

Überparteiliches Komitee «JA zum fairen Parkplatz-Kompromiss»

Start-up-Unternehmer Leroy Bächtold; Gemeinderat und PR-Berater Samuel Balsiger; Nationalrätin und Präsidentin Gewerbeverband der Stadt Zürich Nicole Barandun; Kantonsrat und Präsident TCS Stadt Zürich Marc Bourgeois; Gemeinderat Andreas Egli; Geschäftsführerin und Präsidentin Gewerbeverein Schwamendingen Sofia Farmakis; Gemeinderat Benedikt Gerth; Gemeinderat und Unternehmer Christian Huser; Gemein-

derat und Unternehmer Stephan Iten; Gemeinderat und Direktor HEV Zürich Albert Leiser; Gemeinderat Michele Romagnolo; Kantonsrätin Angie Romero; Gemeinderat Michael Schmid; Gemeinderat Christian Traber; Nationalrat und Unternehmer Mauro Tuena; Informatiker Peter Vogelsanger; Gemeinderätin Karin Weyermann; IG Quartierparkplätze Zürich Christoph Zürcher.

AUS DEM OPFIKER GEMEINDERAT

Inklusions-Check Opfikon: Mehr Bürokratie statt Fortschritt?

Am 4. November 2024 reichte ein SP-Gemeinderat gemeinsam mit weiteren Unterzeichnenden das Postulat «Inklusions-Check Opfikon» ein. Ziel war es, eine Bestandaufnahme zur Barrierefreiheit in der Stadt durchzuführen. Dabei sollte der sogenannte Inklusions-Check, ein vom Verein Sensability im Auftrag des Kantons Zürich angebotenes Instrument, mögliche Hindernisse für Menschen mit Behinderungen erfassen.

Kevin Husi-Fiechter
Gemeinderat und
Fraktionspräsident SVP
Opfikon

Auf den ersten Blick erscheint die Forderung nachvollziehbar, schliesslich betrifft die Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) alle politischen Ebenen. Doch stellt sich die Frage, ob eine solche Analyse tatsächlich notwendig ist – oder ob sie lediglich unnötige Bürokratie schafft, ohne greifbare Verbesserungen zu bringen. Der Stadtrat von Opfikon jedenfalls hat eine klare Haltung: Er lehnte das Postulat ab, und das aus gutem Grund.

Stadtrat: «Konzentration auf tatsächliche Massnahmen statt auf solche auf Papier»

In seiner Begründung macht der Stadtrat deutlich, dass Inklusion ein wichtiges Anliegen ist, dass aber bereits zahlreiche Erkenntnisse und Strategien existieren. Die Stadt hat sich längst mit der Thematik befasst und verweist auf umfassende Vorarbeiten auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Ein zusätzlicher Inklusions-Check wäre daher nicht nur redundant, sondern würde wertvolle Ressourcen binden, die besser in konkrete Massnahmen fliessen könnten.

Bereits heute gibt es klare Vorgaben zur Förderung der Inklusion. Der Bund hat mit seiner «Behindertenpolitik 2023–2026» Schwerpunkte gesetzt, der Kanton Zürich steuert mit dem «Aktionsplan Behindertenrechte 2022–2025» eigene Massnahmen bei. Auch Opfikon

selbst hat gehandelt und eine «Steuergruppe Behindertenrechte» eingerichtet. Diese hat sich mit anderen Gemeinden ausgetauscht und arbeitet an gezielten Lösungen.

Die Priorität liegt für den Stadtrat nicht auf weiteren theoretischen Analysen, sondern auf praktischen Schritten: bessere Zugänglichkeit von Verwaltungsgebäuden, diskriminierungsfreie Bewerbungsverfahren oder die Einbindung von Menschen mit Behinderungen in kulturelle und sportliche Aktivitäten. All dies seien Bereiche, in denen Handlungsbedarf bereits erkannt wurde – ein weiterer Check würde daran nichts ändern.

Mehr Bürokratie, weniger Fortschritt?

Die Entscheidung des Stadtrates wirft eine grundlegende Frage auf: Wie viel Papierkram braucht es wirklich, um die Inklusion voranzutreiben? Während Befürworter des Inklusions-Checks auf eine detaillierte Standortbestimmung drängen, bleibt offen, ob eine erneute Analyse tatsächlich zu neuen Erkenntnissen führen würde – oder ob sie lediglich Zeit und Geld kostet, ohne praktische Auswirkungen zu haben.

Bereits jetzt gibt es zahlreiche Berichte, Studien und Programme, die Problemfelder klar benennen. Es stellt sich daher die Frage, ob Opfikon mit dem Inklusions-Check nicht in eine Schleife aus Bürokratie geraten wäre, anstatt mit konkreten Massnahmen echte Verbesserungen zu erzielen. Konkrete Massnahmen könnten von Nachbargemeinden übernommen werden, welche den Inklusions-Check bereits durchgeführt haben.

Im Gemeinderat stiess die Ablehnung des Stadtrates bei den Postulanten auf

wenig Verständnis. Die bereits umgesetzten Massnahmen wurden als «Vorwand, um weiteres Handeln zu vermeiden» kritisiert. Das Argument der SVP-Fraktion, dass der Inklusions-Check keine unmittelbar spürbaren Verbesserungen bringen, sondern wertvolle Ressourcen binden würde, die direkt in die Barrierefreiheit fliessen könnten, wurde pauschal mit dem Vorwurf entkräftet, die Ratsrechte lehne Vorstösse dieser Art grundsätzlich ab. Dabei geriet weitgehend in den Hintergrund, dass Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die nicht allein von staatlichen Institutionen getragen werden kann. Die individuelle Verantwortung – sei es in Zusammenarbeit mit Behörden, durch das Engagement in entsprechenden In-

teressengruppen oder im privaten Alltag – wurde in der Debatte kaum thematisiert. Stattdessen lag der Fokus darauf, die Verwaltung mit zusätzlichen bürokratischen und kostspieligen Projekten zu belasten, anstatt vorhandene Mittel gezielt für konkrete Massnahmen einzusetzen.

Die Mehrheit im Rat stützte die Meinung des Stadtrates und die Ausführungen der SVP und stimmte gegen eine Überweisung des Postulats. Der Stadtrat jedenfalls sieht es als effektiver an, dort anzusetzen, wo Massnahmen bereits definiert sind, anstatt Ressourcen in eine weitere Bestandaufnahme zu investieren. Dies ist aus Sicht der SVP Opfikon der richtige Weg. Ob sich diese Entscheidung bewährt, wird sich in den kommenden Jahren zeigen – doch zumindest eines ist klar: Opfikon verzichtet auf zusätzliche Bürokratie und setzt stattdessen auf direkten Fortschritt.



Dank der SVP verzichtet Opfikon auf zusätzliche Bürokratie und setzt stattdessen auf direkten Fortschritt.

Bild: Adobe Stock

SVP USTER

Rückblick auf den monatlichen Parteihöck

Spannende Diskussionen, wertvolle Einblicke und ein reger Austausch machten den Parteihöck der SVP Uster im Restaurant Frieden & Hölzlibar zu einem bereichernden Abend für die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Ein herzliches Dankeschön an Nationalrat Alfred Heer und Gemeinderat Daniel Schnyder, Präsident der SVP Uster, für ihre informativen Beiträge sowie an alle Gäste für ihr engagiertes Mitwirken.

Wir freuen uns bereits auf den nächsten Höck am 27. März 2025 mit Nationalrat Mauro Tuena – bleiben Sie dran!



Der traditionelle Höck der SVP Uster findet jeweils am letzten Donnerstag im Monat statt. Bild: SVP Uster

SVP UETIKON AM SEE

Generalversammlung mit klaren Worten von Anita Borer

Die Tische im Saal im Sonnenhof Uetikon waren schön gedeckt und die GV ging ohne grössere Diskussionen über die Bühne. Der Vorstand wurde einstimmig und mit Applaus für weitere zwei Jahre gewählt. Auch der Präsident, Raphael Bürgi, wurde für seinen Einsatz zum Wohle der Partei herzlich bedankt. 2026 sind Behördenwahlen. Die SVP-Sitze, im Gemeinderat mit Hansruedi Bosshard, in der Schulpflege mit Katia Troxler, in der RPK mit Dubi Sinovcic und in der Sozialbehörde mit Karin Sifontes, möchten wir mindestens halten.



Theres Weber-Gachnang
Alt Kantonsrätin SVP
Uetikon am See

Nach einem feinen Abendessen trat Gastreferentin Anita Borer aus Uster, Kantonsrätin und Vizepräsidentin der SVP des Kantons Zürich, vor die Versammlung. Das erste Thema war die Wirtschaftsfreundlichkeit der Linken und warum es deshalb umso wichtiger ist, konsequent für Sicherheit und Freiheit, die zentralen Werte der SVP, einzustehen.

«Die Linken haben den Bezug zur Realität verloren»

Das waren die einleitenden Worte der Kantonsrätin. Viele linke Vorstösse seien weltfremd und exemplarisch dafür, dass sie selbst nicht die einschränkenden Massnahmen und linken Ideologien, die sie fordern, ausbaden müssten. Ein aktuelles Beispiel dafür sei die Abstimmung über die bürgerliche Steuersenkungsvorlage. Die linken Parteien bekämpften die Steuersenkung mit diffusen Argumenten. Das Bewusstsein, warum der Kanton Zürich eine starke Wirtschaft brauche, müsse wieder gestärkt werden. Aus diesem Grund sei es wichtig, dass die Steuersenkungsvorlage am 18. Mai 2025 von der Stimmbewölkerung angenommen werde.

Folgende Argumente sprechen für ein JA zur Steuersenkungsvorlage:
– Der Kanton Zürich hat nach Bern die höchste Steuerbelastung für Unternehmen.
– Die Folge davon: Abwanderung von Firmen in steuerfreundliche Kantone.
– Über 550 verlorene Unternehmen im Kanton Zürich (weggezogen 2023: –85, 2022: –137, 2021: –347).

– Mit der Vorlage soll der Gewinnsteuersatz für Unternehmen von sieben auf sechs Prozent gesenkt werden. Unternehmen sind die Essenz für uns alle, sie sorgen für Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Steuereinnahmen, die sodann für Investitionen wiederverwendet werden können.

Anita Borer ergänzte, dass der Staat, trotz Klassenkampf gegen Unternehmen, gleichzeitig die Verwaltung und den Staatshaushalt ausbaue. Der Aufwand des Staatshaushalts des Kantons Zürich habe sich innerhalb von sieben Jahren knapp verfünffacht!

Kämpfen für «eusi Lüüt»

Ein weiteres Thema, das Anita Borer ansprach, war die verfehlte Zuwanderungs- und Asylpolitik aus Bundesbern und deren verheerende Auswirkungen. Langsam sei zwar eine positive Wende erkennbar, doch nach wie vor sei die Arbeit schwierig, da bürgerliche Mehrheiten selten und wenn, dann nur knapp, erreichbar seien.

Sie zeigte auf, dass nur knapp 53% der Zugewanderten im Kanton Zürich erwerbstätig seien. Auch die innere Sicherheit verdiene dabei besondere Aufmerksamkeit. Steigende Kriminalitätsraten und Gewalt stellten viele Gemeinden vor grosse Herausforderungen. Straftaten durch Asylbewerber und Kriminaltouristen hätten 2023 um 22% zugenommen – vier Mal stärker als in der restlichen Bevölkerung. Voraussichtlich werde die Kriminalstatistik 2024 leider nicht besser aussehen. Diese Entwicklungen zeigten, dass das politische Engagement der SVP enorm wichtig und notwendig sei und der Kanton Zürich mehr SVP brauche. Die SVP kämpfe seit eh und je und auch in Zukunft für «eusi Lüüt», damit wir auch in Zukunft in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben könnten.



v.l.n.r.: Gabi Ramer; Raphael Bürgi, Präsident SVP Uetikon am See; Anita Borer, Kantonsrätin SVP; Karin Sifontes, Sozialbehörde; Felix Weber.

Bild: SVP Uetikon am See

LESERBRIEF

Ein spezielles deutsches Demokratieverständnis

Ein Blick nach Deutschland lohnt sich allemal. Deutschland ist nicht unbedeutend und was dort, gerade auch demokratisch geschah oder noch am geschehen ist, wirft Fragen auf. Man fragt sich als kritischer Denker der Demokratie doch recht deutlich, was das für ein Demokratieverständnis sein soll. Allerdings muss man die Zeitspanne vor und nach der Bundestagswahl betrachten. Eine Einordnung.

Vor der Bundestagswahl

Schon vor dem Wahlkampf war klar, dass die Altparteien an Anziehung verloren haben. Man ging davon aus, dass wohl alle Altparteien bis auf die Union abgestraft werden. Hingegen konnten sich Rechtsaussen wie die AfD wie auch Linksaussen, zum Beispiel das Bündnis Sahra Wagenknecht, sehr gute Chancen ausmalen. Aus Angst, ihre Macht zu verlieren, redeten die Altparteien auf einmal von einer «Brandmauer». Das heisst, insbesondere die AfD wurde des Teufels geredet und dass man mit dieser Partei in keinsten Art und Weise kooperieren darf. Man darf kurz innehalten und verstehen, was da eigentlich gesagt wird: Eine recht grosse Anzahl Wähler in Deutschland sollen ausgeschlossen werden, weil deren Ansichten den Altparteien nicht passt. Ist dies Demokratie? Was ist das für ein Verständnis?

Die Wochen und Monate waren folglich dann nur noch von dieser Diskussion geprägt.

Antworten auf Probleme, die den Bürgern wirklich unter den Nägeln brennen, konnten oder wollten die Altparteien nicht mehr liefern. Stattdessen wurde Deutschland mit Terroranschlägen überzogen und immer kam heraus, dass eine verfehlte, inkonsequente Politik, die jene Altparteien zu verantworten haben, dies begünstigte. Doch auch das reichte nicht, damit die Altparteien verstanden, dass es durchaus gute Gründe gibt, warum immer mehr Deutsche Alternativen wollen – da wird es langfristig nicht helfen, eine Brandmauer aufzuziehen. Man blieb der eigenen Linie treu: Alles was nicht altparteiisch war, war des Teufels. Der einzige Showeffekt kam von Friedrich Merz, dem Kandidaten der Union und des Geldadels, der etwas mit der AfD flirtete; dies aber am Schluss nur ein Wahlkampfmanöver war.

Nach der Bundestagswahl

Als dann die Wahlen vorüber waren, kam es im Grossen und Ganzen wie vorgesehen. Geldadel Merz holte mit der Union die meisten Stimmen, dahinter die AfD, völlig abgeschmiert die SPD und mit deutlichen Verlusten die Grünen. Die FDP flog ganz raus und das BSW schaffte es doch nicht in den Bundestag. Die Linke schaffte ein furioses Finale und kam auf einen beachtlichen Wert. Trotzdem, was heisst das nun?

Die Deutschen wollen eine Veränderung. Eine Koalition Union-AfD wäre

angezeigt. Doch wie erwartet sagt Merz Nein. Oder hier zur Verdeutlichung: Merz sagt Nein zu dem, was das Volk will und somit Nein zum Wandel. Natürlich, mögen Kritiker sagen, es sei die Sache des Wahlgewinners, eine Koalition zu bilden; dies sei die Spielregel dieser Demokratie. Dem kann man nicht widersprechen. Dennoch, jeder weiss, was Deutschland will, daher ist es zumindest nicht wirklich «sauber».

Völlig absurd wird es noch, egal aus welcher demokratischen Perspektive man es betrachtet, mit wem Merz koalieren will: der SPD. Namentlich die grosse Wahlverliererin, die Partei, die repräsentativ für dieses Elend ist – für den Ruin auf allen Ebenen des einstigen Landes der Dichter und Denker. Merz holt also die «Alten» wieder rein. Die Wende in Deutschland ist also abgesagt.

Zum Titel zurückkommend: ein komisches Demokratieverständnis. Auf dem Papier in Ordnung und nicht undemokratisch. Aber moralisch ein Bruch des guten Glaubens der Menschen in die Demokratie und des Sinns eines solchen Systems, denn ausser der SPD will wohl niemand mehr eine neue grosse Koalition. Eine Frage bleibt daher zurück: Was muss in Deutschland noch geschehen, dass wirklich der Wandel gewählt wird?

Michael Schulze,
Winterthur

LESERBRIEF

Gedanken zum Ukraine-Krieg

Der US-Präsident Donald Trump will Schürfrechte an den Bodenschätzen in der Ukraine erwerben, als Kompensation der US-Militärhilfe. Dafür habe ich Verständnis. Der russische Präsident Wladimir Putin hat bereits ca. ein Fünftel des ukrainischen Territoriums militärisch erobert, aus politischen Gründen. Das ist völkerrechtlich inakzeptabel.

Nun wollen sich die beiden Kohlköpfe über die Ukraine zu einem Friedensschluss zusammenraufen. Hoffentlich überhitzen sich die beiden Kohlköpfe dabei nicht. Es könnte ein Flammenmeer entstehen. Ich kann mir nicht vorstellen, wie Russland dem Abbau von ukrainischen Bodenschätzen durch die USA zusehen wird.

Es sieht ganz so aus, als würde sich die Geschichte wiederholen: Dieses Szenario erinnert mich an die Zeit, als Hitler und Stalin in den 1940er Jahren über die Trennung Polens einen Nichtangriffspakt schlossen. Was danach folgte, ist allen älteren Lesern, Historikern und Journalisten bekannt. Nicht nur Polen, ganz Europa war danach geteilt.

Selenski und die Ukraine sind zur Manipulationsware geworden. Allerdings durch Selenski und des ukrainischen Volkes Selbstverschulden. Selenski ist einer, der vom Endsieg gegen Russland träumt. Er ist ein Illusionist, ein Spinner.

Ohne westliche Militärhilfe wäre der Krieg wahrscheinlich längst beendet.

Die Ukraine wäre wieder russisch, wie sie es früher auch schon war. Vor der Zeit Selenskiys waren keine sieben Millionen Ukrainer aus dem Land geflüchtet. Alle heute zerbombten Ortschaften wären noch bewohnbar, mit fliessendem Wasser und Elektrizität; der Traum von der politischen Freiheit wäre zwar ausgeträumt. Ich war zwei Mal auf Ferienreisen in Russland, im Jahr 2013 von St. Petersburg via Moskau nach Irkutsk mit der Transsibirischen Bahn bis Wladiwostok. Im Jahr 2018 nochmals in St. Petersburg. Dort trank ich im Hotel den besten «Irish Coffee» in meinem Leben. Ich hatte nicht den Eindruck, dass man in Russland nicht auch leben kann.

Ich bin der Meinung, dass die Europäische Union eine gewichtige Mitschuld an der misslichen politischen Lage in Europa hat. Wenn die EU sich weiterhin um die politische Gunst der Ukraine bemüht, droht sie mit der Ukraine gleich zur Manipulationsware zwischen USA und Russland zu werden. Manchmal habe ich den Eindruck, die EU-Länder fühlten sich im Frieden nicht wohl. Sie finden zu ihren eigenen Problemen keine Lösung.

Deshalb meine Meinung: Kein EU-Beitritt und kein NATO-Beitritt der Schweiz. NIEMALS! Damit will ich auch meine unbedingte Zustimmung zu den drei Artikeln in der letzten Ausgabe vom «Der Zürcher Bote» kundtun, mit der

Einschränkung, dass der «Tages-Anzeiger» nur wiedergibt, was die Frau Professorin Epiney behauptete:

- «Trump, der Hoffnungsträger» von Samuel Balsiger;
- «Der Tages-Anzeiger auf Abwegen» von Karl Spühler;
- «Zukunftsweisend» von Alt Bundesrat Christoph Blocher.

Ich bin exakt drei Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges zur Welt gekommen. Meine Eltern, Jahrgang 1910 und 1911, haben beide Weltkriegszeiten durchlebt. Von ihren Erzählungen und aus den medialen Dokumentationen informiert wünschte ich mir immer, von solchen Zeiten verschont zu werden. Leider sehe ich heute mein unbeschwertes Leben in der Schweiz durch die Kriege in Europa und weltweit gefährdet.

Immerhin kann ich noch bis heute fast täglich zu mir sagen: Gott sei Dank bin ich in der Schweiz geboren worden und Gott sei Dank lebe ich in der Schweiz. Wobei unser Wohlstand und Friede nicht gottgegeben sind. Sie sind die Frucht unseres Fleisses und unseres politischen Systems. Dieses gilt es zu bewahren und zu beschützen, mit einem in unserem Volk tief verankerten Verteidigungswillen und einer starken Landesverteidigung.

Marcel Wyler,
Zürich

LESERBRIEF

Zum Bericht aus dem Kantonsrat «Der 87. Sitzungstag im Zeichen des Sozialpopulismus»

Ich hatte ab 2021 keine 36 000 Franken Jahresgehalt, im besten Fall zusammen mit meinem Mann. Doch jedes Jahr wurde nach dem Einreichen der Prämienverbilligung ein Anspruch abgelehnt. Und das, obwohl ich 2022 nicht mal das Geld von der Arbeitslosenkasse erhalten habe. Monatlang habe ich Einsätze geleistet, aktiv Jobs gesucht und nie einen Termin beim RAV verpasst. Doch zum Erstaunen meiner Beraterin kam das einzige Geld von den Arbeitgeberern, für die ich im Stundenlohn gearbeitet hatte. Ich konnte meine

Krankenkasse nicht bezahlen. Asylbewerber etc. können hier zum Arzt, zum Zahnarzt etc., ohne dass deren Gebiss je eine Zahnbürste gesehen hat! Kriegen Sackgeld und lugern am Bahnhof herum, wo ich draussen warten musste, weil ich kein Geld für einen Kaffee hatte. Beim RAV habe ich mich abgemeldet, nachdem ich keinen Franken mehr hatte, um das Bahnbillet zu kaufen.

Für mich hat die Schweiz in Notlagen kein soziales Netz. Wenn jemand davon redet, lache ich ihn aus und werde stink-

sauer, wenn man was anderes behauptet. Ich dachte, dass ich unfähig sei, aber mit jedem Tag mehr merkte ich, dass die Unfähigen um mich herum sind. Man kriegt Briefe als Schweizer, die man nicht versteht, und dann hacken Ausländer, die auf diesen Ämtern arbeiten und keinen korrekten Satz schreiben können (!), auf einem herum! Aber wir kriegen sofort Probleme, wenn man offen zugibt, die Zuwanderung zu begrenzen.

Marion Bucher,
Dorf

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern
Mittwoch, 19. März 2025, 20.00 Uhr, Polit-Anlass, Restaurant Löwen, Albisstrasse 2, Hausen am Albis, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Donnerstag, 24. April 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindefaal, Bonstetten, u.a. mit Kantonsrat Marc Bochsler.

Bezirk Dielsdorf/Dänikon-Hüttikon
Freitag, 7. März 2025, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Schützenhaus, Dänikon, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat
Freitag, 21. März 2025, 19.15 Uhr, Polit-Anlass und Abendessen, Gemeindefaal, Oetwil an der Limmat, mit den Nationalräten Alfred Heer, Mauro Tuena und Marcel

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsi, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00–21.00 Uhr, Restaurant altes Gerichtshaus, Wehtalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00–22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Dübendorf, 5. März 2025

EINLADUNG
zur Delegiertenversammlung
vom **Dienstag, 25. März 2025, 19.30 Uhr**
Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, 8604 Volketswil

Vorprogramm
Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie Wienerli mit Kartoffel- und Rüebli Salat und selbstgemachte Kuchen
- Musikalischer Auftakt durch die Harmonie Volketswil
- Begrüssung durch Kantonsrat und Gemeindepräsident Jean-Philippe Pinto (Die Mitte)

Traktanden

- Begrüssung und Standortbestimmung** Parteipräsident
- Wahl der Stimmzähler** Parteipräsident
- Kantonale Abstimmung vom 18. Mai 2025** KR Tobias Weidmann
Steuergesetz Schritt 2 der Steuervorlage 17 / Stand der Kampagne
- Kantonale Abstimmungsvorlagen (Abstimmungstermine pendent)**
Parolenfassung
 - a) Referendum Änderung Energiegesetz «Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel»

Kontradiktorisch:	Pro Energiegesetz:	KR Thomas Forrer, Grüne
	Kontra Energiegesetz:	KR Ueli Bamert
 - b) Referendum gegen die Erhöhung der IPV (jährlich Fr. 50 Mio.) KR Lorenz Habicher

P A U S E mit Verpflegungsmöglichkeit

- Abschaffung Eigenmietwert – Information** NR Gregor Rutz
- Rahmenabkommen** NR Benjamin Fischer
- Rechnung 2024 / Budget 2025** KR Patrick Walder
- Verschiedenes** Alle

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertatannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Dettling, Präsident SVP Schweiz, sowie Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Weitere Informationen und Anmeldung unter info@svp-oetwil.ch.

Bezirk Hinwil/Hinwil
Samstag, 8. März 2025, 12.00 Uhr, SVP bei de Lüt, Hof Blaser, Ober Erlösenstrasse 8, Hinwil, u.a. mit Alt Bundesrat Ueli Maurer, Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich.

Bezirk Hinwil/Rüti
Freitag, 28. März 2025, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Taverne Laufenbach, Gemeindefaal, Rüti.

Bezirk Meilen/Stäfa
Freitag, 21. März 2025, 18.30 Uhr, Polit-Anlass und Abendessen, Sunshine Hill, Bergstrasse 202, Stäfa, u.a. mit Alt Bundesrat Ueli Maurer, Nationalrätin Nina Fehr Düsel und Kantonsrätin Marion Matter. Kosten: 35 Franken. Anmeldung bis 15. März 2025 unter vorstand@svp-staefa.ch.

Bezirk Meilen/Zollikon
Dienstag, 11. März 2025, 19.30 Uhr, Sessionsbericht, Kath. Kirchgemeindehaus, Gustav-Maurer-Strasse 13, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz und Kantonsrat Tumasch Mischol.

Bezirk Winterthur
Dienstag, 18. März 2025, 20.00 Uhr, Delegiertenversammlung, Restaurant Sagj, Wiedendangerstrasse 15, Bertschikon, mit Nationalrat Martin Hübscher sowie den Kantonsräten Ruth Büchi, Urs Wegmann und Tobias Weidmann.

Stadt Zürich/Kreis 10
Freitag, 21. März 2025, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Restaurant Damas, Josefstrasse 151, Zürich, mit Nationalrat Andreas Glarner.

Freitag, 28. März 2025, 18.30 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Damas, Kyburgstrasse 28, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 12. April 2025, 09.30–11.30 Uhr, Standaktion, Kappenhühweg, Zürich-Höngg.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 15. März 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 28. März 2025, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzensee-strasse 15, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Samstag, 29. März 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Montag, 10. März 2025, 19.00 Uhr, Podium zur Steuervorlage 17, Glockenhof, Sihlstrasse 31, Zürich, u.a. mit Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsrat Marcel Suter. Anschliessend Apéro. Anmeldung unter www.steuervorlage17.events.zh.ch.

Dienstag, 25. März 2025, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, Volketswil.

Samstag, 5. April 2025, 10.30 Uhr, Mitgliederversammlung Pro Schweiz, Mehrzweckhalle Kaserne Bern, Kasernenstrasse 15, Bern.

Neue Normalität?

23.02.2025, Däniken (SO)
24-jähriger Franzose festgenommen - er stahl einen Lieferwagen und versuchte in ein Mehrfamilienhaus einzubrechen.
Quelle: Kantonspolizei Solothurn, 23.02.2025

25.02.2025, Oberriet (SG)
Einbruch in ein Einfamilienhaus - 33-jähriger und 42-jähriger Bulgare festgenommen.
Quelle: Kantonspolizei St. Gallen, 25.02.2025

26.02.2025, Grandson (VD)
Nach einer Reihe von Raubüberfällen auf Polizisten geschossen - drei Algerier und ein Tunesier vor Gericht.
Quelle: 20 Minuten, 26.02.2025

28.02.2025, Strengelbach (AG)
Vier illegal eingereiste Chilenen ohne Reisedokumente bei nächtlicher Fahrt angehalten, einer von ihnen ist einschlägig polizeibekannt - für weitere Ermittlungen festgenommen.
Quelle: Kantonspolizei Aargau, 28.02.2025

Jetzt Grenzschutz-Initiative unterschreiben! www.grenzschutzinitiative.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes